



Bildungswerk für Kommunalpolitik e. V.

FREIE WÄHLER

## Klimaveränderung in Bayern

Eigentlich ist ja der Begriff „Klimaveränderung“ negativ besetzt und hat einen bedrohlichen Unterton. Es dringen immer mehr Sonnenstrahlen durch und schmelzen Eisberge. Auf Bayern bezogen haben wir Freien Wähler eine Klimaveränderung eingeleitet, die dringend nötig war.

**Die Katastrophe der Landesbankverluste ist Folge einer von Allmachtsphantasien getriebenen Alleinherrschaft, die selbstherrlich und beratungsresistent war - bis zum bitteren Ende. Der eigene Zuständigkeitsbereich war offensichtlich zu klein, Mittelstands- und Kommunalförderung zu „langweilig“ für die „global player aus greater munich“.**

Der Landesbank-Untersuchungsausschuss ist mit neun Personen besetzt, vier davon stellt die CSU, zwei die SPD, je einen die Freien Wähler, die Grünen und die FDP. Während die CSU in allen anderen Ausschüssen des Landtags 50% der Sitze hat – wogegen wir mit den anderen Nichtregierungsfraktionen geklagt und mit 5:4 Richterstimmen nur knapp unterlagen – hat also die früher alles erdrückende einstige Staatspartei in diesem Ausschuss keine eigene Blockademehrheit. Während Franz-Josef Strauß zu Zeiten der vollen Machtkonzentration noch sagen konnte „ein Thema ist dann politisch beerdigt, wenn es im Untersuchungsausschuss angelangt ist“, besteht diesmal wenigstens die Hoffnung, dass halbwegs ernsthaft gearbeitet und am Ende ein Abschlussbericht

vorgelegt wird, der wenigstens nicht schon vorher geschrieben wurde. **Ohne uns wäre diese Konstellation nicht möglich geworden!**



\*) <http://breitband.fw-landtag.de/breitbanduhr>

Gleichwohl gilt es, aufzupassen, dass die politische Tagesarbeit vor lauter Katastrophenberichterstattung nicht auf der Strecke bleibt. Eigentlich haben wir keine Sekunde Zeit zu verlieren bei all den offenen Baustellen, die wir in Bayern vor uns haben. Die Zeit läuft gegen die Bürger, symbolisch ausgedrückt etwa mit unserer „Breitbanduhr“, welche rückwärts läuft und sekundengenau anzeigt, wie viel Zeit die bayerische Staatsregierung noch hat, um den versprochenen flächendeckenden Breitbandausbau bis zum 31.12.2011 hinzubekommen. Dabei verfolgen wir die Zeit, die zwischen den Fingern zerrinnt bis zur nächsten Großblamage der Staatsregierung nicht mit Verschränkten Armen und Häme, sondern mit Verärgerung. Während sich die Bürgermeister draußen in den vielen Gemeinden die Haare raufen über den stockenden Breitbandausbau und die Firmen das Breitband-Niemandsland verlassen, behaupten die schwarzgelben Vertreter im Landtag, alles sei in bester Ordnung. Anträge und Vorschläge der Freien Wähler mit geschwellter Brust soeben abgelehnt.

Aber es dringen immer mehr Sonnenstrahlen durch:

- das d'Hondtsche Zählverfahren, welches große Parteien bei den Kommunalwahlen bevorzugt und von der CSU aus eigenem Interesse über Jahrzehnte verteidigt wurde wie der eigene Augapfel, fällt einem gerechteren Zählverfahren zum Opfer – ein

Gesetzesänderungsantrag der Freien Wähler genau dazu befindet sich in der parlamentarischen Beratung.

- Einem Antrag der Freien Wähler zur Straferhöhung bei Übergriffen auf Polizeibeamte wird von der Justizministerin mit der Ankündigung, diesbezüglich ein Gesetz einbringen zu wollen, indirekt stattgegeben.
- Ein Antrag der Freien Wähler, eine Beratungsstelle zur Vorbeugung von Sexualstraftaten an Kindern einzurichten, mündet in einem „interfraktionellem Antrag“, (bei dem die CSU an erster Stelle steht...).
- Ein Brief der Freien Wähler an Gesundheitsminister Söder mit dem Vorschlag, einen Patientenbeauftragten für Bayern einzurichten, wird zwar nicht beantwortet, nach 14 Tagen wird aber die Einrichtung genau dieser Position angekündigt... Was wollen wir mehr?

**Das Ergebnis zählt!** Nachbesserungen bei den Hochschulrahmenbedingungen und beim G8, lautes Nachdenken über ein kostenfreies Kindergartenjahr, Umschwenken bei der Blauzungenzwangsimpfung auf Freiwilligkeit, zumindest in Worten geäußerte Sorge um die Finanzsituation der Kommunen nach einer zu Zeiten der absoluten Mehrheit betriebenen Kaputtspargorgie (ein global-player kennt lukrativere Anlageziele...).

Liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler, vieles ist in Bewegung gekommen in den letzten eineinhalb Jahren. Als unverrückbar geltende Eisblöcke beginnen zu schmelzen. Wir werden diesen positiven Klimawandel weiterhin tatkräftig unterstützen und viel Salz streuen, welches Eis schmilzt und in Wunden brennt. Wir tun es, damit Bayern vorankommt. Ums Klima geht es indirekt auch auf unserer nächsten Landesdelegiertenversammlung am 24. April im oberfränkischen Bad Rhodach: Erneuerbare Energien als inhaltlicher Schwerpunkt. Ich hoffe, Sie liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler möglichst zahlreich begrüßen zu dürfen und freue mich aufs Wiedersehen!

Ihr  
Hubert Aiwanger

### Themen in dieser Ausgabe:

- Grußwort des Vorsitzenden der Freien Wähler Bayern
- SimplyCity
- FW Heroldsbach-Thurn
- Politischer Aschermittwoch
- Ratgeber
- Aiwanger neuer Bundesvorsitzender
- Neuwahlen in Oberbayern
- FW-Ehrenpreis
- Wahlen in Unterfranken
- Abschied von Dr. med. Weiler
- Seminarkalender 1-2010

# SimplyCity \*) – Antwort auf den demografischen Wandel?

## „Einfache Stadt“ soll Zukunft meistern

\*) Simply City ist ein geschützter Begriff des Planerbüros Südstadt in Köln.

Die Städte in Europa stehen vor einem großen Umbruch. Mit Unterzeichnung der „Leipzig Charta“ im Mai 2007 durch die europäischen Bauminister steht nun erstmalig eine gesamt-europäische Strategie bereit, den Auswirkungen des demographischen, klimatischen und ökonomischen Strukturwandels in unseren Städten zu begegnen. Ziel ist es, der Einseitigkeit und Monotonie in den Innenstädten über eine integrierte Stadtentwicklungsplanung entgegenzuwirken. Diese zielt darauf ab, den öffentlichen Raum zu stärken, die Bürger stärker an Planungsprozessen zu beteiligen und die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit wieder stärker zu mischen.

Auch im Verkehrsbereich werden zunehmend ähnliche Ziele wie in der Stadtentwicklung verfolgt. Um der weiteren Abwanderung von Bevölkerung, Arbeitsstätten und Einkaufsorten in das Umland der Städte zu begegnen, ist es wichtig, die Attraktivität der Innenstädte zu stärken. Der Gestaltung des Straßenraums kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, schließlich müssen Aspekte des Städtebaus, des Verkehrs und der Nutzungsvielfalt miteinander verknüpft werden. Besonders der Methusalem-Effekt wird zu einer großen Herausforderung der kommunalen Verkehrspolitik.



Derzeit werden in mehreren europäischen Ländern Konzepte erprobt, über einen entsprechenden Straßenentwurf in Kombination mit Verhaltensregeln und Vorschriften eine höhere Aufenthaltsqualität und Verkehrssicherheit für zentrale städtische Bereiche zu erwirken. Beispiele sind der „Verkehrsberuhigte Geschäftsbereich“ in Deutschland oder die so genannte „Begegnungszone“, die neben der Schweiz mittlerweile auch in Frankreich Einzug gefunden hat. Auch werden immer häufiger so genannte „Private-Public-Partnership-Projekte“ im Bereich des kommunalen Straßenbaus realisiert. Eines der prominentesten und auch erfolgreichen deutschen Beispiele stellt zweifellos der „Neue Wall“ in Hamburg dar, eine Luxus-Einkaufsstraße, in der die Geschäftsleute ihre Straße weitgehend selbst finanziert haben und dabei ein sehr hochwertiges straßenräumliches Ambiente realisieren konnten.

### Shared Space – mehr Kommunikation ?

Ebenfalls einen hohen gestalterischen Ansatz verfolgt die in den Niederlanden entwickelte

Idee von „Shared Space“. Im Gegensatz zu den konventionellen Ansätzen der Verkehrsberuhigung zielt Shared Space darauf ab, die Verkehrsteilnehmer ohne Verkehrszeichen und ohne fahrdynamisch wirksame Einbauten zu einem rücksichtsvolleren Verhalten zu bewegen. Erreicht werden soll dies über einen gemeinsam entwickelten und genutzten Straßenraum, der von sich aus niedrige Geschwindigkeiten nahelegt und die Kommunikation der Verkehrsteilnehmer durch Verunsicherung begünstigt.

Shared Space wurde in Deutschland bisher nicht nur im niedersächsischen Bohmte realisiert - dort wurde 2008 ein Pilotprojekt der EU abgeschlossen - sondern mit einigen Modifikationen und unter anderem Namen in zahlreichen anderen deutschen Städten wie etwa in Duisburg, Brühl oder Kevelaer. Mit Workshops, die das Bildungswerk für Kommunalpolitik (BKB) anbietet, soll u. a. nicht nur die kontrovers geführte Diskussion um „Shared Space“ versachlicht, sondern auch die anderen Ansätze zur Verkehrsberuhigung, beispielsweise in Geschäftsstraßen, aufgezeigt werden.

Auch soll mit einem weiteren interessanten Ansatz verfolgt werden, wie der städtische Verkehrsraum für alle Verkehrsteilnehmer interessanter und ansprechender gestaltet werden kann: Ein erstes Pilotprojekt „Simply City“ wurde im November 2009 vom Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen gestartet. Bereits jetzt zeigen sich für den ersten Projektbaustein „Verhüllungsaktion“ deutliche Erfolge ab. Je nach Modellgebiet können 42 – 52% aller Verkehrszeichen in Zukunft entfallen.

### Weniger ist mehr - die einfache Stadt

Simply City beschreibt ein neues Stadt- und Mobilitätskonzept, das im Sinne des Leitgedankens „Weniger ist mehr“ das Leben in der Stadt und insbesondere die Mobilität aller Verkehrsteilnehmer konsequent vereinfachen will. Simply City will den öffentlichen Stadt- und Verkehrsraum von allen baulichen Anlagen sowie verkehrstechnischen Elementen befreien, die überflüssig oder kontraproduktiv sind, indem sie das Fahren, die Bewegung oder den Aufenthalt erschweren sowie das Stadtbild hinsichtlich seiner visuellen Erlebbarkeit negativ beeinflussen.



von Dipl.-Ing. Ralf F. Stock, Hallbergmoos

Die von vielen Menschen beklagte „Überkomplexität“ hat längst unsere Städte erreicht: Die Verkehrsteilnehmer bewegen sich in ...

... einer nicht mehr wahrnehmbaren Schilderflut von StVO-Verkehrszeichen, Wegweisern, privaten Hinweisgebern, Info-Stelen und Werbetafeln.

... einer mobilitätsbehindernden Vielfalt von Signalanlagen und Verkehrsregelungen.

... einem Übermaß an Tarifzonen, Ausnahmeregelungen im ÖPNV-Bereich.

Dazu kommt eine Flut von Richtlinien, Erlassen, Regelwerken sowie zusätzlichen Aktionsprogrammen.

Simply City beinhaltet nicht nur den Abbau von „Überkomplexität“, sondern auch einen angemessenen Umgang mit Ressourcen, bezogen sowohl auf die Umwelt als auch auf die kommunalen Budgets. Ein wichtiger Ansatz von Simply City widmet sich den verändernden Lebens- und Mobilitätsbedürfnissen einer deutlich älter werdenden Gesellschaft. Ziel hierbei ist es, älteren Menschen bis ins hohe Alter eine eigenständige, selbstbestimmte Mobilität zu ermöglichen.

Des Weiteren gilt das Augenmerk natürlich auch der konsequenten Verbesserung der Mobilitätsbedingungen für Kinder, die eng mit einem weiteren zentralen Anliegen verknüpft ist: Der „Verkehrssicherheit“. Es gibt inzwischen eindeutige Untersuchungen, dass die „deutsche Regelungswut“ schlichtweg kontraproduktiv ist und dass ein „Weniger an Verkehrstechnik“ ein „Mehr an Sicherheit“ bewirkt.

Mit der avisierten Reduktion von Verkehrszeichen, Wegweisern, Bodenmarkierungen und dem gezielten Abbau oder Ersatz von Signalanlagen durch einfache kostengünstige Lösungen verbindet sich mit Simply City ein zentraler Nutzen: Eine auch auf Dauer spürbare Kostenreduktion für die Kommunen und

die Bürger. Mit **Simply City** können ohne Funktions- und Komfortverluste und ohne Sicherheitseinbußen erhebliche Kosten eingespart werden. Insofern ist **Simply City** – auch vor dem Hintergrund der kommunalen Finanzen – ein strategischer Handlungsansatz, der nachhaltig dazu beiträgt, den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur auf Dauer zu sichern.

### Verkehrsinfrastruktur für die Zukunft fit machen

Der demografische Wandel und insbesondere die prekäre Situation der öffentlichen Haushalte machen es dringend erforderlich, über Mobilität neu nachzudenken. **Simply City** erlaubt Städten und Gemeinden, ihre Verkehrsinfrastruktur zu vereinfachen, effizienter und wesentlich kostengünstiger zu gestalten sowie gleichzeitig urbane Lebensräume für alle Verkehrsteilnehmergruppen zu schaffen. Kompakt, urban, mobil und einfach - so könnte die Formel für die Stadt von morgen lauten.

**Simply City** ist Planungs-, Kommunikations- und Beteiligungsprozess zugleich. Ideen und Maßnahmen zu **Simply City** sollen „vor Ort“ in den Modellgebieten unter Beteiligung von Vertretern relevanter gesellschaftlicher Gruppen in Workshops entwickelt werden.

Neben der Infrastrukturplanung und Bürgermitwirkung ist die Kommunikation eine weitere Schlüsselkomponente von **Simply City**. Entscheidend für die Akzeptanz ist es, nicht nur über das Projekt und seine Ergebnisse zu informieren, sondern über die Beteiligungsverfahren hinaus, breite Teile der Öffentlichkeit für die Entwicklung von **Simply City**-Ideen zu gewinnen. Als Basismedium dient hier das Internet mit seiner speziellen Dialogplattform, die es interessierten Bürgern erlaubt, ihre Ideen und Vorschläge auf einfache und schnelle Art in den Prozess mit einzubringen.

Aus den BKB-Workshops sollen die Teilnehmer die Erkenntnis mitnehmen, dass es kein Patentrezept geben kann. Wohl aber kann vieles im Rahmen der StVO bereits heute über verschiedene Lösungsansätze realisiert werden, die stets auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnitten und das Ergebnis umfangreicher Beteiligungsverfahren sein müssen – und dies mit zahlreichen Best Practice-Beispielen untermauert. Letztendlich ist es nämlich die Akzeptanz der Verkehrsteilnehmer, die über die Wirksamkeit einer Maßnahme entscheidet und um die sich die Kommunalpolitiker der FW in besonderem Maße kümmern möchten. Und wenn wir von Akzeptanz sprechen, dann ist damit speziell vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, vor allem auch die Akzeptanz der älteren Bevölkerung gemeint, die im Rahmen der neuen Planungsansätze sicherzustellen ist.

Weitere Infos unter [www.bkb-bayern.de](http://www.bkb-bayern.de) unter Rubrik „Bildungsangebote“.

## Informationen der Redaktion:

Liebe Leserin, lieber Leser,

damit Sie der „Freie Wähler“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband, Adresswechsel oder Austritte an die BKB-Geschäftsstelle, Marktplatz 7, 95349 Thurnau; Fax: 09228 9969567; Tel.: 09228 9969566; E-Mail: [bkb-bayern@t-online.de](mailto:bkb-bayern@t-online.de)

Eine Umstellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des FW ist jederzeit über die Homepage des Bildungswerkes unter [www.bkb-bayern.de](http://www.bkb-bayern.de) und die Rubrik „Newsletter“ möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion des FW gerne unter E-Mail: [redaktion@bkb-bayern.de](mailto:redaktion@bkb-bayern.de)

bis zum 25. Juni 2010, entgegen.

Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München ([gstelle@freie-waehler.de](mailto:gstelle@freie-waehler.de)) mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins, sowie Ihrer Email-Adresse.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder.

Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, wie Mitgliederversammlungen oder Geburtstage veröffentlicht werden. Die Redaktion bittet um Verständnis.

## Richard J. Gügel: Ein Lotse geht von Bord

Die Freien Wähler Heroldsbach-Thurn blickten im Rahmen der jüngsten Jahreshauptversammlung unter anderem auf das erfolgreiche Wirken und die zahlreichen kommunalen Erfolge von Richard J. Gügel zurück. Gügel, der sich bereits seit 1971 als Gemeinderat engagierte, eroberte 1996 den Bürgermeisterstuhl und war dabei bis 2008 stets ein „Bürgermeister zum Anfassen“. Im Kreistag Forchheim zählt Richard J. Gügel noch immer zu den erfahrenen Kommunalpolitikern und arbeitet für die Freien Wähler in mehreren Ausschüssen eng mit Landrat Reinhardt Glauber zusammen. Rekordergebnisse für die Freien Wähler im Landkreis trugen stets die Handschrift Gügels. MdL Thorsten Glauber und Kreisvorsitzender Peter Dorscht würdigten in ihren Grußwor-

ten seine hohen Verdienste für die Freien Wähler. Im Rahmen des Neujahrsempfangs der Freien Wähler Forchheim erhielt Richard J. Gügel die Goldene Ehrennadel des Landesverbandes der Freien Wähler Bayern. Als Lotse und gefragter Stratege ging Richard J. Gügel nun von Bord und der Verband wählte Marco Freund als neuen Vorsitzenden des FW-Ortsverbandes Heroldsbach-Thurn. Dessen Stellvertreter sind nun Klaus Ponner und Michael Römer. Der frischgebackene Ortsvorsitzende Marco Freund hat seine Ziele bereits klar definiert: Er will dafür kämpfen, dass drei verlorene Mandate wieder zurückgeholt, neue Mitglieder gewonnen werden und der Bürgermeisterstuhl wieder von einem Freien Wähler besetzt wird.



Von links MdL Thorsten Glauber, stellvertretender Ortsvorsitzender Klaus Ponner, Richard J. Gügel mit seinem Nachfolger Marco Freund, stellvertretender Ortsvorsitzender Michael Römer und FW-Kreisvorsitzender Peter Dorscht.

# Besucherrekord beim Politischen Aschermittwoch der Freien Wähler

## 1000 Besucher jubeln die Abrechnung mit dem politischen Gegner

### Aiwanger kritisiert Zickzackkurs der CSU

Der FW-Landesvorsitzende Hubert Aiwan-ger ist beim Politischen Aschermittwoch der Freien Wähler Bayern in der Deggendorfer Stadthalle vor 1000 begeisterten Zuhörern hart mit der CSU und der bayerischen Staatsregierung ins Gericht gegangen. Er warf der CSU vor, täglich unterschiedliche Meinungen zum gleichen Thema abzugeben. Ob Rauchverbot, Transrapid oder unzählige Oppositionsanträge, die erst abgelehnt und kurze Zeit später mit kaum veränderter Wortwahl als eigene Anträge eingebracht würden: Die Bürger wüssten nicht mehr, wofür die CSU stehe und hätten das dauernde Hin und Her in Partei und Koalition satt.

Aiwanger warf der Staatsregierung vor, keinerlei Interesse an der Aufklärung der Landesbankaffäre zu zeigen. Erst durch den Fragenkatalog der FW-Fraktion und die Strafanzeigen gegen die Verantwortlichen der unerträglichen Miswirtschaft sei Bewegung in die Aufklärung gekommen. Der FW-Landesvorsitzende: „Da wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Wenn den Landesbankverantwortlichen die Lügen im Halse steckenbleiben würden, dann hätten einige einen Kropf wie ein Kuheuter. Wenn sich die CSU jetzt über die Spekulationsbanken entrüsted, ist das der endgültige Beweis, dass das „S“ im Parteinamen für scheinheilig steht.“ Gegenüber den Verantwortlichen an der Landesbankpleite, die in betrügerischer Absicht gehandelt hätten, sei jeder Bankräuber ein Ehrenmann. Dem sehe man wenigstens auf den ersten Blick an, was er vorhabe. Auch die FDP, in Berlin und München Koalitionspartner der Union, bekam ihr Fett ab: „Das Gedankengut der FDP ist mitverantwortlich an der Bankenkrise, die den Steuerzahler hunderte Milliarden kostet. Höchste Zeit, dass die Bürger das merken und sich von der FDP abwenden, bevor Deutschland an Gelbsucht zugrunde geht.“

Der FW-Landesvorsitzende erklärte, mit dem Brechen der absoluten Mehrheit der CSU im Bayerischen Landtag sei den FW ein wich-



1000 begeisterte Zuschauer sorgten beim Politischen Aschermittwoch in der Deggendorfer Stadthalle für einen neuen Besucherrekord.

**CSU gibt täglich unterschiedliche Meinungen zum gleichen Thema ab.**

tiger Schritt zur Demokratisierung Bayerns gelungen. Dennoch herrsche in Bayern immer noch eine CSU-Parteibuchherrschaft, die dringend gebrochen werden müsse. Auch in der Wirtschaft müsse der Machtmissbrauch eingeschränkt und die Rechte der Verbraucher gestärkt werden. Aiwan-ger: „Die Macht der Energiemonopolisten muss kartellrechtlich eingeschränkt werden. Die Politik muss sich auch an Elefanten herantrauen, nicht nur den wehrlosen HartzIV-Empfängern auf die Füße treten.“ Der neu gewählte FW-Bundesvorsitzende kritisierte die Berliner Koalition wegen ihrer Atompolitik, die auf die Verlängerung der AKW-Restlaufzeiten setze, keinerlei Lösungsvorschläge zum drängenden Problem der Lagerung des atomaren Abfalls anzubieten habe und nur Lobbyismus zugunsten der Atomindustrie betreibe: „Eher kriegt der Papst ein Kind, als dass die Gewinne der Atomlaufzeitverlängerung bei den Bürgern ankommen.“ Eine Politik, die die heimischen Erzeuger und Verbraucher und nicht die Gewinne multinationaler Konzerne in den Mittelpunkt stellt, vermisst er auch in der Landwirtschaft.

Der stellvertretende FW-Landesvorsitzende Armin Kroder forderte eine Politik aus der Bevölkerung für die Bevölkerung, die gemein-

wohlorientiert, glaubwürdig und nachhaltig sein müsse. Die Politiker müssten Diener der Bevölkerung sein. Anhand von Beispielen aus der Weltpolitik, über die Europa- und Bundespolitik, bis hin zur Landes- und Kommunalpolitik zeigte der Landrat des Nürnberger Landes, dass politische Entscheidungen vielfach aufgrund geschickter Lobbyarbeit und nach Parteibuchinteressen und nicht nach sachpolitischen Erwägungen getroffen würden. Er verurteilte die Hartz-IV-Gesetze als „schärfsten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik“. Hartz-IV-Empfänger seien vielfach „arme Teufel“. Das größte Problem sei, dass immer mehr Menschen ihre Familien trotz Vollzeitbeschäftigung nicht mehr ernäh-

ren könnten.

Kroder forderte eine Begrenzung der Macht von Lobbyisten und Parteien und sprach sich für eine stärkere Bürgerbeteiligung durch mehr Volksentscheide und durch die Direktwahl des Ministerpräsidenten und des Bundespräsidenten aus.

Er formulierte das politische Credo der Freien Wähler: „Politik muss den Menschen dienen, und nicht umgekehrt! Wir Freien Wähler stehen für ein neues Verhältnis von Bevölkerung und Politik!“

**Der stellvertretende FW-Landesvorsitzende Armin Kroder forderte eine Politik aus der Bevölkerung für die Bevölkerung.**



## RATGEBER: Erbrecht und Bestattungsrecht

Jedem Erbfall geht ein Todesfall voraus. Sicherlich werden die meisten Verstorbenen sodann pietätvoll und nach den ortsüblichen Gepflogenheiten bestattet. An mit dem Todesfall verbundene rechtliche Probleme denken die trauernden Angehörigen und Hinterbliebenen meist (noch) nicht. Meist ergeben sich rechtliche Fragestellungen dann erst bei der Abwicklung des Nachlasses. In einigen Situationen ergeben sich sowohl einerseits für die Hinterbliebenen und Angehörigen als auch für Kommunen Rechtsfragen, die aber bereits die Bestattung und die damit einhergehenden Notwendigkeiten betreffen.

Für die Hinterbliebenen stellt sich so z. B. schon in kürzester Zeit nach Eintritt eines Todesfalls die Frage, wer denn überhaupt das sog. „Recht zur Totenfürsorge“ innehat – also die Frage, wer beispielsweise die Bestattungsart (Erd- oder Feuerbestattung?) oder den Bestattungsort bestimmen darf, sofern der Verstorbene dies nicht selbst bereits zu Lebzeiten bestimmt hat. Hier wird häufig in der Bevölkerung die Auffassung vertreten, dieses Recht stünde „den Erben“ zu. Dies ist aber so nicht ohne Weiteres richtig, denn nach herrschender juristischer Meinung steht das Recht zur Totenfürsorge grundsätzlich nicht den Erben, sondern den nahen Angehörigen des Erblassers zu. Wenn diese nahen Angehörigen nicht gleichzeitig Erben sind – wie es gerade auch in sog. modernen „Patchwork-Familien“ durchaus häufiger vorkommen kann – also z. B. ein Stiefsohn aus zweiter Ehe erbt, jedoch noch leibliche Eltern des Verstorbenen leben, so haben die Eltern in diesem Fall das Recht zur Totenfürsorge. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass der zum Erben bestimmte Stiefsohn sein Leben lang mit dem Verstorbenen in familienähnlicher Gemeinschaft gelebt hat. Zu beachten ist allerdings, dass ein anderweitiger Wille des Erblassers vorrangig ist, welchen er aber in der Regel testamentarisch festgelegt haben müsste.

Doch auch für die beteiligten Kommunen, welche oftmals Friedhöfe betreiben und für die Durchführung und den Vollzug der bestattungsrechtlichen Vorschriften verantwortlich und zuständig sind, kann diese Frage unter Umständen eine Rolle spielen. Dies insbesondere dann, wenn es um Fragen der Umbettung des Erblassers geht. Neben den damit verbundenen rein öffentlich-rechtlichen Fragen, auf welche an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden soll, stellen sich hier naturgemäß auch zivilrechtliche Fragen. Danach ist es zivilrechtlich so, dass die Umbettung eines bereits beerdigten Erblassers auch dem Recht zur Wahrnehmung der Totenfürsorge unterliegt, allerdings mit erheblichen Einschränkungen. Insbesondere hat bereits das Reichsgericht entschieden, dass – unter Berücksichtigung der Würde des Toten und des sittlichen Empfindens der Allgemeinheit – eine Umbettung nicht zulässig ist, wenn es lediglich um die

Beilegung von „Verwandtenzank“ geht. Vielmehr müssen ganz besondere Gründe hierfür vorliegen. Diese sind im Einzelfall zu prüfen. Was aber, wenn bereits zu Lebzeiten der Wunsch besteht, auf dem eigenen Grundstück bestattet zu werden? Hierzu hat in einem jüngst veröffentlichten Beschluss das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz entschieden, dass der bloße Wunsch, auf dem eigenen Grundstück bestattet zu werden, auch für die Beisetzung von Urnen keine Ausnahme vom Friedhofszwang rechtfertigen würde. Ein 75 Jahre alter Kläger hatte – allerdings in Rheinland-Pfalz – bei der dort beklagten Kreisverwaltung die Genehmigung eines privaten Bestattungsplatzes auf seinem Grundstück beantragt, er wollte dort seine Urne beigesetzt haben. Unter Hinweis auf den in Deutschland bestehenden Friedhofszwang lehnte der beklagte Landkreis diesen Antrag ab. Die hiergegen erhobene Klage wurde sowohl vom Verwaltungsgericht als auch eben vom Oberverwaltungsgericht abgewiesen. Begründet wurde das zweitinstanzliche Urteil wie folgt: Das deutsche Bestattungsrecht lasse eine Ausnahme von der Pflicht, Urnen auf Friedhöfen beizusetzen (sog. Friedhofszwang) nur zu, wenn für die Bestattung auf einem Privatgrundstück ein berechtigtes Bedürfnis bestehe und öffentliche Interessen dadurch nicht beeinträchtigt werden würden. Ein solch berechtigtes Bedürfnis sei aber nicht der bloße Wunsch eines Bürgers, auf seinem eigenen Grundstück bestattet zu werden. Nach den Worten der Richter trage der Friedhofszwang nach wie vor dem Belang Rechnung, die Totenruhe zu respektieren. Deshalb könnten Urnen – so die Urteilsbegründung weiter – auch in anderen Bundesländern nicht „beliebig“ auf Privatgrundstücken beigesetzt werden. Damit wiesen die Richter in zwei Instanzen den Wunsch und Antrag des Klägers zur künftigen Urnenbeisetzung auf seinem Privatgrundstück ab (vgl. Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 04.02.2010, Az.: 7 A 11390/09 OVG; vgl. hierzu auch Urteil des Verwaltungsgerichts Trier, Urteil vom 23.11.2009, Az.: 1 K 447/09.TR). Zivilrechtlich folgt aus diesem Urteil im Übrigen, dass auch z. B. eine testamentarische Regelung eines dereinstigen Erblassers unwirksam sein dürfte, wenn dieser testamentarisch verfügen würde, er wolle nach seinem Ableben auf seinem Grundstück bestattet werden.

Häufiger Streitpunkt sind schließlich noch die im Zusammenhang mit der Bestattung entstehenden Kosten. Hier gilt es zu unterscheiden. Zwar ist der Erbe des Verstorbenen als solcher nicht berechtigt, die Art und Weise der Bestattung zu bestimmen, ihn treffen aber die Kosten für die Beerdigung. Das Erbrecht regelt hier zivilrechtlich die Kostentragungspflicht. Damit ist jedoch nicht die Bestattungspflicht verbunden. D. h. auch wenn die Erbschaft ausgeschlagen wurde oder keine Erbschaft vorhanden ist, besteht eine gesetzliche Bestattungspflicht. Hierzu sind nach den Bestattungsgesetzen der

Bundesländer nahe Angehörige, also Ehegatten, volljährige Kinder und Eltern oder andere sog. nahe Angehörige verpflichtet. Schließlich gibt es diejenigen Fälle, in denen der örtlich zuständige Träger der Sozialhilfe die erforderlichen Kosten der Bestattung zu übernehmen hat. Nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften kann in derartigen Fällen eine Kostenerstattungspflicht naher Angehöriger bestehen, ohne dass es auf deren Erbenstellung ankommt. Oftmals für die Betroffenen kaum nachvollziehbar, jedoch ständige Rechtsprechung einer Vielzahl verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen, ist dies die Kostentragungspflicht bestattungspflichtiger Angehöriger. Diese müssen unter bestimmten Voraussetzungen die Kosten einer von der Behörde durchgeführten und bezahlten Bestattung tragen, auch dann, wenn kein Kontakt mehr zum Verstorbenen bestand und darüber hinaus z. B. auch noch die Erbschaft ausgeschlagen wurde. Die Rechtslage ist also für den Laien vergleichsweise kompliziert und kann oftmals auch zu Ergebnissen führen, die im Einzelfall von den Betroffenen als ungerecht empfunden werden. Dies ändert jedoch nichts daran, dass es sowohl im Erbrecht als auch im Sozialhilferecht unterschiedliche Kostentragungsregelungen gibt, die eben nicht allein auf die Erbenstellung abstellen.

Im Zweifel ist es also wie immer angebracht, sich fachkundigen Rat einzuholen. Gleichwohl wird man dann im Einzelfall aber auch damit rechnen müssen, dass der sachkundig eingeholte und erteilte Rat möglicherweise nicht den eigenen subjektiven Rechtsvorstellungen entspricht.

Rechtsanwalt Rüdiger Gust  
Fachanwalt für Erbrecht  
Sonnenleite 19  
95359 Kasendorf,  
Tel: (0 92 28) 99 61 80  
Email: info@ra-gust.de

### 1. Golfturnier der Freien Wähler

Die Freien Wähler Schwabmünchen veranstalten das 1. Golfturnier der Freien Wähler in Bayern.

Dieses wird am 5. Juni 2010 in der Golfanlage Weiherhof in der Nähe von Schwabmünchen stattfinden.

Wir bitten um frühzeitige Anmeldungen per email an „a.begg@bauer-at.com“ oder telefonisch unter Handy-Nr. 0173-37 95 700.



## FREIE WÄHLER wollen bundesweit kraftvolle Interessenvertreter der Bürger und Kommunen werden Hubert Aiwanger neuer Bundesvorsitzender des FREIE WÄHLER e. V.

Der bisherige stellvertretende Bundesvorsitzende und bayerische Landesvorsitzende Hubert Aiwanger ist am 20.02.2010 in Münster/NRW zum neuen Bundesvorsitzenden des **FREIE WÄHLER e. V.** gewählt worden. Der bisherige Bundesvorsitzende Armin Grein stellte sich nicht mehr zur Wahl, Aiwanger hatte keinen Gegenkandidaten und wurde einstimmig bei einer Enthaltung gewählt.

Die neu gewählte Bundesvorstandschaft des **FREIE WÄHLER e. V.** setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Bundesvorsitzender: Hubert Aiwanger (Bayern), seine 3 Stellvertreter: Dr. Christian Schmidt (Berlin), Thomas Gerisch (Sachsen), Klaus-Dieter Gabbert (Mecklenburg-Vorpommern), Bundesgeschäftsführerin und kommissarische Bundesschatzmeisterin: Cordula Breitenfellner (Bayern), Bundesschriftführerin: Renate Bitz (Niedersachsen), Bundesjustitiar: Eckard Gläsker (NRW).

Gleichzeitig wurde per einstimmig beschlossener Satzungsänderung an der bisherigen Bundeswählergruppe die Voraussetzung geschaffen, dass mit der künftigen Bundesvereinigung neben Europawahlen nun auch an den Bundestagswahlen und mit den jeweiligen

Landesvereinigungen an den entsprechenden Landtagswahlen teilgenommen werden kann, sofern die Mitglieder dies wünschen.

Aiwanger nannte es als Ziel, die **FREIEN WÄHLER** organisatorisch so zu stärken, dass sie auch bundesweit als kraftvolle Interessenvertretung der Bürger und Kommunen auftreten können. Hierzu soll das Fachwissen und die Kraft der zahlreichen **FREIEN WÄHLER** in den Kommunen noch besser gebündelt werden. Politische Schwerpunkte sind die Stärkung der Kommunalfinanzen, mehr Bürgerbeteiligung durch die Einführung von Volksbegehren auf Bundesebene, Verbot von Konzernspenden an Parteien, Stärkung der sozialen Marktwirtschaft durch kartellrechtliches Vorgehen gegen Monopolstrukturen, z. B. im Energiebereich, Ausbau der erneuerbaren Energien, Stärkung mittelständischer Strukturen und regionaler Wirtschaftskreisläufe, Ausbau der Breitbandversorgung, Ablehnung der Grünen Gentechnik, Sicherung der Sozialsysteme durch gezielte Prävention im Familien- und Jugendbereich, Erhalt eines sozialen Gesundheitswesens.

*Cordula Breitenfellner*



## Neuwahlen des Bezirksvorstandes Oberbayern Gottstein: „Vertrauen gewinnen und Erfolg ausbauen“

*Bezirksdelegiertenversammlung der Freien Wähler Oberbayern in Neufahrn – Bezirksvorstand neugewählt – Eva Gottstein als Bezirksvorsitzende bestätigt*

Anfang Februar trafen sich die Freien Wähler des Bezirks Oberbayern zur Bezirksdelegiertenversammlung in Neufahrn. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Neuwahlen des Bezirksvorstandes. In ihrem Rechenschaftsbe-

richt ging die amtierende Bezirksvorsitzende Eva Gottstein MdL vor allem auf die Wahlen im Superwahljahr 2008 ein: „Unsere größte Aufgabe war die Ausrichtung der Kommunal-, Bezirkstags- und Landtagswahlen im Jahr 2008. Bei allen Wahlen ist es uns gelungen, das Vertrauen der Bürger zu gewinnen und unsere Ergebnisse über den Landesschnitt zu steigern. Für dieses Vertrauen möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ich bin mir sicher, dass wir

unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht enttäuschen werden!

**Die Freien Wähler werden weiterhin für bürgernahe und sachliche Politik einstehen und ihre kommunalen Wurzeln nie vergessen.“**

Bei den anschließenden Vorstandsneuwahlen wurde die Landtagsabgeordnete Eva Gottstein mit über 80 % der abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Als stellvertretende Vorsitzende bestimmte die Versammlung Klaus Brems, Michael Leonbacher, Lorenz Weidinger und Christine Degenhart. Die weiteren Posten wurden wie folgt besetzt:

- Pressesprecher: Josef Graubmann
- Kassier: Andreas Danzer und Johann Altmann
- Schriftführer: Christine Hollacher
- Justitiar: Florian Ernstberger

Peter Kainz gehört als Bezirksvorsitzender der Jungen Freien Wähler Oberbayern und Prof. Dr. Michael Piazzolo als FW-Stadtvorsitzender von München dem Vorstand Kraft Amtes an. In ihrem Ausblick ging Eva Gottstein auf die vorstehenden Aufgaben ein: „Es ist nun wichtig, eine gemeinsame Linie in inhaltlichen Punkten zu finden und das breitgefächerte Wissen unserer Mitglieder noch besser in unsere politische Arbeit zu integrieren.“



## FW-FBW Ehrenpreises für vorbildliches ehrenamtliches Engagement

Beim Neujahrsempfang der Freien Wähler-FBW Kitzingen im Rathaus-Foyer stand einmal mehr die Verleihung des FW-FBW Ehrenpreises für vorbildliches ehrenamtliches Engagement im Mittelpunkt.

Aldo Michalek, FW-FBW Ortsvorsitzender, begrüßte eingangs die rund 150 Besucher aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Die Laudatio auf den neuen Ehrenpreisträger, Heinz Stich, hielt Bürgermeisterin Kathleen Regan. Sie stellte das herausragende Engagement des Sickershäusers Stich heraus, der sich für viele gesellschaftspolitische Projekte seiner Mitbürger über viele Jahrzehnte einsetzte.

Nach der Verleihung des Ehrenpreises blickte FW-FBW Fraktionsvorsitzende Jutta Wallrapp kritisch auf die Stadtratsarbeit zurück und mahnte für das neue Jahr mehr Durchschlagskraft bei Oberbürgermeister Siegfried Müller an.



Foto von links Tobias Enck, FW-Jugendreferent im Kreisverband Kitzingen, Wolfgang Haupt, stv. FW-FBW Ortsvorsitzender Kitzingen, Karl-Dieter Fuchs, 1. Bgm. Mainstockheim, FW-FBW Kreisrat, Sabrina I, Weinprinzessin a. D., Sickershausen, Siegfried Müller, Oberbürgermeister Stadt Kitzingen, Ehepaar Rosemarie und Heinz Stich, Paul Streng, stv. Landrat, FW-Kreisvorsitzender Kitzingen, Corinna I, Weinprinzessin Sickershausen, Günther Felbinger MdL FW, Jutta Wallrapp, FW-FBW Stadträtin, Fraktionsvorsitzende, Aldo Michalek, FW-FBW Ortsvorsitzender Kitzingen, Kathleen Regan, Bürgermeisterin, FW-FBW Stadtrat.

## Vorstandswahlen in Unterfranken

**Bergtheim.** Der Bezirksverband Unterfranken der Freien Wähler hat mit Günther Felbinger einen neuen Vorsitzenden. Bei der Bezirksdelegiertenversammlung in Bergtheim wurde der Landtagsabgeordnete als Nachfolger des langjährigen Bezirksvorsitzenden und MdL Dr. Hans-Jürgen Fahn an die Spitze gewählt.

Zu seinen Stellvertretern wählten die Delegierten Landrätin Tamara Bischof (Kitzingen) und Stefan Labus (Schweinfurt). Neue Schatzmeisterin ist nunmehr Karin Bradenstein (Marktbreit) und neue Schriftführerin Andrea Heßdörfer (Zellingen). In einer ereignisreichen Sitzung wurden nach dem Rechenschaftsbericht des Bezirksvorsitzenden Fahn zunächst mehrere Satzungsänderungen abgelehnt. Diese sollen nun auf einer außerordentlichen Bezirksdelegiertenversammlung am 16. April erneut zur Abstimmung kommen. Gleichzeitig soll dort eine überarbeitete Satzung vorgelegt werden, mit der die Vorstandschaft erweitert und nochmals per Wahl bestätigt bzw. ergänzt werden soll. Ebenfalls wird an diesem Tag die Bezirkswählergruppe bei ihrer Delegiertenversammlung den Nachfolger des bisherigen Vorsitzenden Kristian Steinberger (Rüdenhausen) wählen.



## Abschied von Dr. med. Erich Weiler

Mit Trauer haben die Freien Wähler in Deutschland vom Tod des Mitbegründers der FREIEN WÄHLER, Dr. med. Erich Weiler erfahren. Im Alter von 96 Jahren verstarb der Ehrenvorsitzende des FREIE WÄHLER Deutschland e. V.

Bereits 1947 gründete Dr. Weiler in seiner Heimat Mosbach eine Freie Wählergemeinschaft. Er erkannte sehr früh die Notwendigkeit, durch einen Dachverband den politischen Einfluss der Wählergemeinschaften über die reine Kommunalpolitik hinaus zu stärken. 1956 wurde von ihm der Landesverband

Baden-Württemberg gegründet und 1965 fanden sich unter seiner Mitwirkung Wählergemeinschaften aus ganz (West-) Deutschland als Bundesverband der FREIEN WÄHLER zusammen.

Bis 1993 hat er diesen Bundesverband als Vorsitzender geführt und blieb ihm danach als langjähriger Ehrenvorsitzender weiter verbunden. Die direkte Demokratie verdankt Dr. Weiler viel. Wir FREIEN WÄHLER empfinden es als eine Verpflichtung für die Zukunft, dieses Erbe in seinem Sinne zu bewahren und weiter zu entwickeln.



## Seminarangebote des Bildungswerkes im ersten Halbjahr 2010

### April 2010

Sa	10.04.	Schmitz A., Moderation-Gesprächsführung in Gemeinderat und Ausschüssen	Schwaben, Kaufbeuren
Sa	10.04.	Flieser, Streitgespräche und Konflikte – wie geht man damit um?	Oberpfalz, Regenstauf
Fr	16.04.	Neubauer, Finanzierung kommunaler Tiefbauprojekte	Oberpfalz, Vilseck
Fr	16.04.	Kiener, EU-Fördermittel, so profitiert auch Ihre Kommune	Niederbayern, Neufahrn
Sa	17.04.	Kleiber, Die Einnahmequellen der Kommunen – versiegen sie?	Unterfranken, Mittelstreu
Sa	17.04.	Schmitz M., Gestaltung einer kommunalen Homepage mit dem CMS TYPO3	Schwaben, Kaufbeuren
Fr	23.04.	Ziegler, Erfolgreiche Jugendarbeit in der Kommune – Investition in die Zukunft!	Oberpfalz, Neumarkt
Fr	23.04.	Neubauer/Lorenzen, Kameralistik/Doppik – oder: „Wie kommt der Bagger in den Haushalt?“	Mittelfranken, Roßtal
Fr	23.04.	Stallmeister, Öffentlichkeits- und Pressearbeit in den Kommunen	Unterfranken, Karlstadt
Sa	24.04.	Kaim, Rhetorik	Niederbayern, Kirchroth
Sa	24.04.	Forman, Erstellung einer kommunalen Homepage mit dem CMS TYPO3	Oberpfalz, Kemnath
Fr	30.04.	Neubauer, Rechnungsprüfung – mehr als nur Kontrolle?!	Schwaben, Dasing

### Mai 2010

Fr	07.05.	Kleiber, Rechnungsprüfung Teil 2	Mittelfranken, Roth
Fr	07.05.	Ziegler, Jugendarbeit in der Kommune- Investition in die Zukunft	Oberbayern, Fridolfing
Fr	07.05.	Stock, Mobilität in den Kommunen – Fakten, Empfehlungen, Forderungen	Unterfranken
Sa	08.05.	Kleiber, Das Haushaltsjahr – mehr als nur vier Jahreszeiten	Oberpfalz, Roding
Sa	15.05.	Shaw, Lokale Pressearbeit, Workshop	Mittelfranken, Lauf
Fr	21.05.	Stallmeister, Erstellung eines Gemeindeentwicklungsplanes	Schwaben
Fr	21.05.	Grill, Spezialwissen zum besseren Bauen, wohnen und Leben in Stadt und Kommune	Niederbayern, Plattling
Sa	22.05.	Kaim, Rethorik Teil 1	Oberpfalz, Ursensollen
Fr	28.05.	Portele, Argumentieren und Verhandeln – sich in Sitzungen erfolgreich präsentieren	Unterfranken, Grafenrheinfeld

### Juni 2010

Fr	11.06.	Krafczyk, Nachhaltige Energieeinsparung beim Gebäudebestand	Mittelfranken, Marloffstein
Fr	11.06.	Portele, Stimme und Atemtechnik trainieren	Oberpfalz, Neutraubling
Fr	11.06.	Stock, Simply-City, Antwort auf den demografischen Wandel	Schwaben,
Fr	11.06.	Wagner, Die neue Bayerische Bauordnung aus der Sicht der Praxis	Unterfranken,
Sa	12.06.	Stallmeister, Kommunalmarketing	Oberpfalz, Kirchenthumbach
Sa	12.06.	Forman, Erstellung einer kommunalen Homepage mit dem CMS TYPO3	Oberbayern, Haimhausen
Sa	12.06.	Klausur der Bildungsbeauftragten	Oberpfalz, Postbauer-Heng
So	13.06.	Klausur der Bildungsbeauftragten mit den Referenten des BKB	Oberpfalz, Postbauer-Heng
Fr	18.06.	Stallmeister, Modernes Kommunalmanagement	Oberbayern,
Fr	18.06.	Wamser, Rechte und Pflichten der Gemeinderatsmitglieder	Schwaben,
Sa	19.06.	Schmitz A., Projektmanagement für Kommunalpolitiker	Unterfranken,
Sa	19.06.	Krafczyk, Sparen durch Einsatz alternativer Energien	Oberbayern, Fürstenfeldbruck
Sa	19.06.	Portele, Die erfolgreiche Präsentation der eigenen Person	Niederbayern, Pilsting
Fr	25.06.	Grill, Kommunales Satzungs- und Beitragsrecht	Schwaben
Fr	25.06.	Sieber, Mediation im öffentlichen Bereich – Neue Wege	Mittelfranken, Baiersdorf
Sa	26.06.	Schmitz A., Kommunikationstraining – Schlagfertigkeit in jeder Situation II	Oberbayern
Sa	26.06.	Kaim, Rhetorik Teil 2	Oberpfalz, Kemnath

### Juli 2010

Fr	02.07.	Ferlesch, Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit	Schwaben
Sa	03.07.	Ferlesch, Auf Einwände richtig reagieren	Oberbayern
Fr	09.07.	Weiß, „NLP für Business and Politics“, Mit modernen Methoden professionell kommunizieren	Mittelfranken, Allersberg
Sa	10.07.	Grill, Grund und Spezialwissen zum kommunalen Beitragsrecht	Oberbayern, Polling
Fr	16.07.	Kiener, EU-Fördermittel: So profitiert auch Ihre Kommune!	Unterfranken
Fr	23.07.	Kaim, Körpersprache	Mittelfranken, Allersberg
Fr	23.07.	Weiß, Über Burnout, Stress und Depressionen	Unterfranken